



Nr. 34

30. September 2021

Inhalt

Tag der Steuergerechtigkeit

„Die Finanzverwaltung hat unzählige Existenzen gerettet“

dbb bundesfrauenvertretung

Chance für gleichstellungspolitischen Aufbruch ergreifen

dbb jugend

Bildungspolitik: Junge Menschen besser beteiligen

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Öffentlicher Dienst: Personalausgaben sind auf Kante genäht

Thüringen

Kein Beschluss zur amtsangemessenen Alimentation vor Oktober

Sachsen

Gespräche zur amtsangemessenen Alimentation fortgesetzt

Bayern

Diskussion um Lohnfortzahlung: BBB-Chef verurteilt

„Beamten-Bashing“

Mecklenburg-Vorpommern

Kritik an entfallender Lohnfortzahlung bei Quarantäne für Ungeimpfte

Gewerkschaft Bundesbeschäftigte (vbob)

Forderungen an die kommende Bundesregierung beschlossen

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ waren erfolgreich

Namen und Nachrichten

aktuell

Informationsdienst des dbb

Tag der Steuergerechtigkeit „Die Finanzverwaltung hat unzählige Existenzen gerettet“

„Gerade in der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass eine starke Finanzverwaltung von fundamentaler Bedeutung für das Land ist“, so dbb Chef Ulrich Silberbach.

„Die Kolleginnen und Kollegen haben durch ihren Einsatz unzählige wirtschaftliche Existenzen gerettet, weil sie schnell und pragmatisch auf die Notlage ganzer Branchen reagiert haben. Die Steuerbehörden werden auch deshalb entgegen aller Klischees insbesondere von den meisten Unternehmen schon längst als verlässlicher Partner wahrgenommen – gerade in Krisenzeiten“, erklärte Silberbach zum diesjährigen „Tag der Steuergerechtigkeit“ am 29. September 2021. „Der Aktionstag wurde bereits 2015 von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), einem Mitglied unserer dbb-Familie, ins Leben gerufen, um auf die besondere Bedeutung dieses Verwaltungszweiges hinzuweisen. Die letzten Monate haben einmal mehr unterstrichen, wie berechtigt dieses Anliegen ist.“

Der DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler, der auch dbb Vize ist, betonte, dass man in diesem Jahr einen besonderen Fokus auf die internationale Steuergerechtigkeit lege: „Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) arbeitet derzeit zusammen mit fast 140 Staaten an einer neuen ‚Weltsteuerordnung‘, die im Oktober finalisiert werden und ab 2023 in Kraft treten soll. Obwohl wir uns nach heutigem Stand noch weitergehende Beschlüsse vorstellen könnten, ist das definitiv ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Dass sich so viele souveräne Staaten auf einen gemeinsamen Weg zu mehr Steuergerechtigkeit begeben, ist nicht zuletzt eine schöne Bestätigung für unseren Kurs der letzten Jahre und vor allem auch für die wichtige Arbeit der Kolleginnen und Kollegen.“

dbb bundesfrauenvertretung Chance für gleichstellungspolitischen Aufbruch ergreifen

Die dbb frauen drängen auf eine schnelle und zielführende Regierungsbildung. Die sich bietende Chance für einen gleichstellungspolitischen Aufbruch muss gezielt genutzt werden.

„Die Wählerinnen und Wähler haben sich gegen ein politisches ‚Weiter so‘ entschieden. Die Gewinnerinnen und Gewinner der Bundestagswahlen sind jetzt am Zug, die ihnen gebotene Chance für einen schnellen und nachhaltigen Neustart zu nutzen. Gleichstellungspolitische Themen dürfen den Koalitionsverhandlungen nicht zum Opfer fallen“, machte Milanie Kreuzt, Vorsitzende der dbb frauen, am 28. September 2021 deutlich.

Auch frauen- und gleichstellungspolitisch sei das Land in Aufbruchsstimmung. „Die Bürgerinnen und Bürger haben ihre Stimmen vor allem jenen Parteien gegeben, die progressive Vorschläge im Bereich der Frauen- und Familienpolitik vorgelegt haben. Die Parteien, die jetzt einen Anspruch auf Regierungsverantwortung erheben, sind in der Pflicht, diese Versprechen in lebendige Politik zu verwandeln.“

Dazu gehört auch ein paritätisch besetztes Kabinett“, so die dbb frauen Chefin.

Angesichts des niedrigen Frauenanteils im neugewählten Bundestag mahnte Kreuzt gleichstellungsfördernde Reformen als unausweichlich an: „Mit voraussichtlich 735 Abgeordneten wird der Bundestag so groß sein wie nie zuvor. Und dennoch ist nur gut jeder dritte Sitz im Parlament mit einer Frau besetzt. Wir brauchen eine echte Wahlrechtsform und dabei muss die Parität eine Rolle spielen. Es kann nicht sein, dass wir bei dieser Wahl nur knapp an einer Zweidrittelmehrheit für Männer im Bundestag vorbeigeschlittert sind. Wir können nicht weiterhin die Hälfte der Bevölkerung dieses Landes ausgrenzen, wenn es darum geht, nachhaltige Lösungen für Problemstellungen zu finden, die uns alle betreffen.“

dbb jugend

Bildungspolitik: Junge Menschen besser beteiligen

Abiturientinnen und Abiturienten sind unzufrieden mit dem Corona-Krisenmanagement. Die dbb jugend drängt nun auf mehr Jugendbeteiligung in der Bildungspolitik.

„Wir wundern uns nicht, dass vor allem Abiturient*innen über das mangelhafte Krisenmanagement an Schulen verärgert sind und schlechte Noten an die handelnden Politiker*innen verteilen. Denn gerade die letzten beiden Schuljahre sind entscheidend. Eine ganze Generation bangt jetzt um ihre berufliche Zukunft“, sagte Karoline Herrmann, Vorsitzende der dbb jugend, am 23. September 2021.

In ihrer Kritik stützt sich Herrmann auf eine aktuelle Studie der Universität Paderborn, in der Schülerinnen und Schüler der letzten beiden Abiturjahrgänge nach ihrer Beurteilung des Corona-Krisenmanagements befragt wurden. Vor allem die zähen Fortschritte bei der Digitalisierung an Schulen sowie das Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern, etwa bei Investitionen in Belüftungsanlagen und in die digitale Infrastruktur, geben jungen Menschen das Gefühl,

von der Politik als nicht relevant wahrgenommen zu werden.

Auch das Vertrauen von Erstwählerinnen und Erstwählern in die Politik, so heißt es in der Studie, habe durch das Pandemiemanagement deutlich gelitten. Enorm hoch sei jedoch mit 92 Prozent die Wahlbereitschaft der Befragten. Für die dbb jugend-Chefin ist dies kein Widerspruch, sondern ein klares Zeichen dafür, dass es in der Bildungspolitik so nicht weitergehen kann: „Die jungen Menschen wollen Veränderung. Sie wollen mitreden und zwar genau in den Bereichen, die sie betreffen. Die dbb jugend fordert deshalb seit langem, jungen Menschen mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten einzuräumen und ihnen den Zugang zu politischen Ämtern zu ermöglichen. Die Bereitschaft und das Engagement bringen sie mit. Jetzt ist die Politik an der Reihe, die nötigen Weichen zu stellen und die Themen der jungen Menschen zur Grundlage ihrer Entscheidungen zu machen“, so Herrmann.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Öffentlicher Dienst: Personalausgaben sind auf Kante genäht

Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber ist eines der zentralen Anliegen des DBB NRW. Nun hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Attraktivitätssteigerung vorbereitet. Doch für den dbb Landesbund ist der alles andere als überzeugend.

Denn die Attraktivitätssteigerung soll demnach weitgehend kostenneutral erfolgen. Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW: „Unmöglich! Eine seriöse Umsetzung ist zwangsläufig mit Kosten verbunden.“ Für Staude ist das Gesetz deshalb ein Beleg für den Unwillen der Landesregierung zu einer wirklichen Reform. Eine solche Vorgehensweise sei nicht akzeptabel, da der öffentliche Dienst jetzt für die Zukunft aufgestellt werden müsse.

Die angebliche Ausgabenneutralität, so Staude, werde in Wahrheit auf dem Rücken der Bediensteten erwirtschaftet. „Im Haushalt

wird ein Budget für Planstellen angesetzt, welche dann gar nicht besetzt werden.“ So werde dieses Budget also durch Minderausgaben bei den aktiv Beschäftigten kompensiert: nämlich dadurch, dass Stellen unbesetzt bleiben. Die faktischen Personalausgabensätze (Ist-Zustand) hätten schon in den vergangenen Jahren regelmäßig unter den geplanten (Soll-Zustand) gelegen. Der Rechnungshof NRW hatte deshalb in seinem Jahresbericht 2020 bereits festgestellt, dass diese Personalausgabensätze als „Spardose des Landes“ dienen. Staude: „Der DBB NRW fordert, diese nicht genutzten Personalausgaben zur Finanzierung

des von uns mehrfach vorgeschlagenen ganzheitlichen Attraktivitätskonzeptes zu verwenden, statt damit andere, nicht personalrelevante Haushaltslöcher zu stopfen.“

Wie dringlich das vom DBB NRW geforderte ganzheitliche Attraktivitätskonzept ist, zeige sich besonders bei den Leerstellen. Deren Anzahl habe sich seit dem vergangenen Jahr nicht wesentlich verändert. Sah der Entwurf des Haushaltsplans 2021 rund 13.300 Leerstellen vor, so würden im Entwurf für das Jahr 2022 nunmehr 13.409 Leerstellen angesetzt. Damit befinden sich die Leerstellen weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Dem öffentlichen Dienst gelingt es also nach wie vor nur unzureichend, sich gegen die Konkurrenz der Privatwirtschaft im Kampf um die besten Köpfe durchzusetzen. Der Landesrechnungshof NRW nennt in seinem Jahresbericht 2020 noch weitaus alarmierendere Zahlen: Er beziffert die Leerstellen in 2021 sogar auf 20.111.

Ein ebenfalls dringlicher Aspekt bei der Attraktivitätssteigerung betrifft laut Staude die Besoldung. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Landesregierung beauftragt, verfassungskonforme Regelungen zur Grundbesoldung zu treffen. Am 9. September 2021 hat der Landtag nun ein Gesetz beschlossen, mit dem die Familienzuschläge ab dem dritten Kind deutlich erhöht werden. Der DBB NRW begrüßt ausdrücklich, dass der Gesetzgeber dies für

alle betroffenen Beamtenfamilien umsetzt und diese durch die finanziellen Anpassungen spürbar entlastet. Doch er kritisiert weiterhin, dass zahlreiche Familien benachteiligt werden. So sieht das Gesetz zwar Nachzahlungsansprüche seit dem Jahr 2011 vor, allerdings nur für diejenigen, die Ihre Ansprüche rechtzeitig jährlich geltend gemacht hatten. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Grundbesoldung: In seiner Entscheidung aus dem Jahr 2020 hatte das Bundesverfassungsgericht konkret vorgegeben, welche Faktoren bei der Amtsangemessenheit der Alimentation zu beachten sind, insbesondere bezüglich des Abstands zur Grundsicherung. Diese Vorgaben wurden in NRW jedoch nicht umgesetzt, bemängelt der DBB NRW Chef. So sei eine Chance vertan worden, die Alimentation in NRW insgesamt wieder verfassungsgemäß zu gestalten, was zwingend erforderlich sei.

Staude sieht höchsten Handlungsbedarf für eine echte Reform: „Der öffentliche Dienst gilt schon jetzt als wenig attraktiv. Immer mehr Arbeit muss von immer weniger Bediensteten geleistet werden. Und die Arbeitsbedingungen werden zunehmend unattraktiver. Das birgt die Gefahr, dass sich die Zahl der Leerstellen noch weiter erhöhen wird: Ein echter Teufelskreis.“ Um diese Endlosspirale zu beenden, müsse nun endlich der Investitionsstau in der Personalgewinnung überwunden werden.

Thüringen

Kein Beschluss zur amtsangemessenen Alimentation vor Oktober

Der Landtag wird sich im September nicht wie geplant mit dem „Thüringer Gesetz zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation sowie über die Gewährung einer Anerkennungsleistung für ehemalige angestellte Professoren neuen Rechts“ befassen. Hintergrund ist die fehlende Beschlussfassung im Haushalts- und Finanzausschuss (HuFa).

Der tbb äußerte am 23. September 2021 die Hoffnung, dass dadurch bei der nächsten HuFa-Sitzung ausführlich über den Gesetzentwurf diskutiert wird. Dies sei bisher entgegen der Ankündigung aller Mitglieder des Ausschusses nur eingeschränkt geschehen. Der tbb stelle sich für diesen Fall gerne einmal mehr als Gesprächspartner zur Verfügung, um seine Kritik (dbb aktuell berichtete) zu erläutern.

Sollte der Regierungsentwurf keine Änderung erfahren, rät der tbb bereits jetzt allen Beamten und Beamten, die nicht von der vorgesehenen Anhebung der Kinderzuschläge oder der Streichung der Stufe 1 in den Besoldungsstufen A 6 und A 7 betroffen sind, auch für das Jahr 2021 Widerspruch gegen die Besoldung einzulegen. Leider könne man aber aufgrund der absehbaren Masse an Verfahren grundsätzlich keinen Rechtsschutz gewähren.

Sachsen

Gespräche zur amtsangemessenen Alimentation fortgesetzt

In einem weiteren Gespräch zur Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur Alimentation – hier: Abstand zur Grundsicherung – zwischen Finanzminister Hartmut Vorjohann und Beamtenbund und Tarifunion Sachsen (SBB) am 20. September 2021 wurden seitens der Landesregierung Lösungsvorschläge unterbreitet.

Demnach soll der notwendige Abstand zwischen der Besoldung einer Musterbeamtenfamilie nach dem Bild des BVerfG (alleinverdienender verheirateter Beamter mit zwei Kindern in der niedrigsten Besoldung) und einer vergleichbaren auf Sozialleistungen angewiesenen Familie durch Streichung der Besoldungsgruppe A4 sowie Verbesserungen bei der Bei-

hilfe durch Anhebung der Beihilfebemessungssätze für berücksichtigungsfähige Kinder und Ehegatten auf 100 Prozent erreicht werden.

Die Vorschläge werden derzeit vom SBB geprüft und bewertet. Ein nächster Gesprächstermin mit dem Finanzminister ist für den 15. Oktober 2021 vorgesehen.

Bayern

Diskussion um Lohnfortzahlung: BBB-Chef verurteilt „Beamten-Bashing“

Die Gesundheitsministerkonferenz hat im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie beschlossen, dass ungeimpfte Arbeitnehmende keine Lohnfortzahlung erhalten, wenn sie in Quarantäne müssen. Vielfach wurde Kritik geäußert, weil die Regelung zunächst nicht für Beamtinnen und Beamte gilt. Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes sieht darin „stumpfes Beamten-Bashing“.

„Jetzt mal halblang“, so Nachtigall am 24. September 2021 mit Blick auf die Tatsache, dass die Regelung erst im November in Kraft trete. Bis dahin werde auch eine entsprechende Regelung für Beamtinnen und Beamte gefunden. „Im Beamtenbereich ist die Rechtslage eine

andere“, erläuterte der BBB Chef. Der BBB befinde sich bereits in Kontakt mit dem Bayerischen Finanzministerium, um entsprechende passgenaue und vor allem systemkonforme Regelungen zu erarbeiten. „Ein bisschen Geduld darf man schon erwarten“, stellte Nachtigall klar.

Mecklenburg-Vorpommern

Kritik an entfallender Lohnfortzahlung bei Quarantäne für Ungeimpfte

Der dbb mecklenburg-vorpommern (dbb m-v) hat die Entscheidung der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) kritisiert, die Lohnfortzahlung bei angeordneter Corona-Quarantäne ab dem 1. November für ungeimpfte Arbeitnehmende zu beenden.

Aus Sicht des dbb Landesbundes ist es in der Umsetzung des Beschlusses problematisch, durch die Arbeitgeber und Dienstherrn eine Auskunft über den Impfstatus der Betroffenen zu erlangen. Dies hatte der Gesetzgeber Anfang September nur in den Bereichen Kita, Schulen und Pflege gestattet. „Daher besteht für eine große Gruppe unserer Kolleginnen und Kollegen, egal ob verbeamtet oder tarifbeschäftigt, derzeit keine generelle Auskunftspflicht zum Impfstatus“, so der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 23. September 2021 in Schwerin.

Diese Art personenbezogener Daten unterliege Artikel 9 der Datenschutzgrundverordnung in Verbindung mit Paragraph 26 Absatz 3 des Bundesdatenschutzgesetzes. Nach Ansicht des dbb m-v sei es nun an den Personal- und Betriebsräten dafür zu sorgen, dass Beschäftigten nicht in Klassen eingeteilt würden und es zu Stigmatisierungen komme, die unter Umständen in Berufsverbotsdiskussionen enden könnten. Knecht: „Wir setzen bei den Impfungen weiterhin auf Freiwilligkeit und meinen,

dass dieser gestern beschlossene Züchtungsversuch in Richtung Ungeimpfter nicht

den von der Politik erhofften Erfolg haben wird.“

Gewerkschaft Bundesbeschäftigte (vbob) Forderungen an die kommende Bundesregierung beschlossen

Bei einer Klausurtagung am 23. September 2021 in Königswinter hat der vbob Bundesvorstand einen Forderungskatalog an die neue Bundesregierung einstimmig verabschiedet.

Der vbob Bundesvorsitzende Frank Gehlen forderte, dass endlich Bewegung in die Diskussion über die Beschäftigungsbedingungen in der Bundesverwaltung kommen müsse. Das

Forderungspapier trägt den Titel „Vertrauen schaffen, Beschäftigung neu definieren, Organisation prüfen, Beteiligung sichern“ und ist als [PDF auf vbob.de](https://www.vbob.de) abrufbar.

Verband Bildung und Erziehung (VBE) Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ waren erfolgreich

Die Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ waren laut VBE ein voller Erfolg: Trotz pandemiebedingter Einschränkungen haben demnach zehntausende Kinder aus Schulklassen und Kitagruppen in ganz Deutschland unter dem Motto „Es geht auch ohne Elterntaxi!“ entdeckt, wie viel Spaß Zufußgehen machen kann.

Der VBE gehört mit dem ökologischen Verkehrsclub VCD und dem Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW) zu den Organisatoren der Aktionstage zwischen dem 20. September und dem 1. Oktober 2021. Dabei hätten die Kinder gezeigt, dass sie selbstständig und sicher zu Fuß, mit dem Roller oder Fahrrad zur Schule und zum Kindergarten kommen.

„Vor den Schulen können wir immer öfter gefährliche Situationen beobachten“, sagte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE. „Je mehr Eltern ihre Kinder mit dem Auto bringen,

desto gefährlicher wird es für die anderen Kinder. Das führt zu einem Zugzwang und am Ende ist es vor dem Schultor so gefährlich, dass kaum noch ein Kind zu Fuß gehen oder mit dem Rad oder Roller kommen kann. Wir brauchen ein Umdenken! Die Aktionstage haben auch in diesem Jahr wieder gezeigt, dass es möglich ist, mit kleinen Schritten die Lust am Laufen zu wecken. Wichtig wird sein, dass die Politik dies mit großen Schritten unterstützt, damit die Situation vorm Schultor wieder sicherer wird.“

Namen und Nachrichten

Der **dbb** und die Nahverkehrsgewerkschaft (NahVG) haben mit der Lübeck-Travemünder Verkehrsgesellschaft (LVG) am 23. September 2021 Verhandlungen zu einem neuen Tarifvertrag begonnen. Dass durch die Corona-Pandemie die Fahrgastzahlen und Einnahmen in Nahverkehrsbetriebe bundesweit gesunken sind, haben dbb und NahVG bei ihren zum Auftakt vorgestellten Forderungen berücksichtigt. Jedoch betonten sie, dass es keine Sparmaßnahmen zu Lasten der Beschäftigten geben dürfe. dbb und NahVG fordern konkret: den Urlaubsanspruch auf 30 Tage zu erhöhen; einen zusätzlichen Entlastungstag pro Jahr;

die Vergütung von Mehrarbeit durch Fahrzeugverspätungen ab der ersten Minute; die Aufstockung der vermögenswirksamen Leistungen auf 39,88 Euro; die Entschädigung für geteilte Dienste auf zehn Euro zu erhöhen bzw. eine Zeitgutschrift; die Erhöhung der Zuschläge für Sonntagsarbeit auf 35 Prozent bzw. 50 Prozent. Da die LVG weder ein Angebot abgegeben, noch Gegenforderungen gestellt hat, wurde ein zweiter Verhandlungstermin für den 11. November 2021 in Travemünde angesetzt. Des Weiteren wurde eine betriebliche Arbeitsgruppe gegründet, welche im Oktober über redaktionelle Änderungen im Tarifvertrag abstimmen wird.

Termine:

5. Oktober 2021

6. Seniorenpolitische Fachtagung: „Mobil sein - neue Wege gehen“
Weitere Informationen folgen.

8. Oktober 2021

Einkommensrunde 2021: 1. Verhandlungsrunde
Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde

1. und 2. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde
Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde

27. und 28. November 2021

Einkommensrunde 2021: 2. Verhandlungsrunde
Mehr Informationen unter
www.dbb.de/einkommensrunde